

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
011301 Gebäudeunterhaltung 0113019010 Vorkostentr. Gebäudeunterhaltung 50 Personalaufwand Ansatz 2010: Amt: 26 Ansatz 2011: Ansatz 2012: Ansatz 2013: Antrag Nr. 16						0 0										
	Dafür:		Dafür:		Dafür:	1	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	6	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:	1	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Antrag der dUH-Fraktion:

Der Bürgermeister wird beauftragt zu untersuchen, inwiefern der Bereich "Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung" durch einen externen Anbieter kostengünstiger erfolgen kann. Hierzu sind ein konkreter Leistungskatalog zu erstellen und entsprechende Angebote von externen Dienstleistern einzuholen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:
siehe Anlage zu dieser Liste.

Ergebnis im Personalausschuss:
siehe oben.

Ergebnis im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz:
Dafür: 1
Dagegen: 7
Enthaltungen: -

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 2

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
120101 Verkehrsflächen und Brücken 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen 521151 Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze, Brück Ansatz 2010: 799.000,00 Amt: 66 Ansatz 2011: 928.500,00 Ansatz 2012: 977.500,00 Ansatz 2013: 837.500,00 Antrag Nr. 12									0 799.000							
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	3	Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	5	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	-	Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre 2011-2013: keine Änderungen

Antrag der BA-Fraktion:

Die Aufwendungen für die „Sanierung problematischer Straßenbaumstandorte“ in Höhe von 47.500 € erhalten den HV 6-Vermerk. Die Freigabe der Mittel erfolgt durch den Fachausschuss.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Dies ist eine politische Entscheidung. Alle fachlichen Unterlagen wurden mit der SV 66/008 dem UKS im Dezember 2009 in seiner Sitzung berichtet. Die Zielrichtung der Verwaltung ist es, unter Beachtung des Umweltschutzes den Instandhaltungsaufwand zu minimieren. Dieses Ziel entspricht auch dem Änderungsantrag Nr. 2 der BA zum Haushalt 2010 verfolgten Ziel der Ausgabenreduzierung (s. Antrag Pkte 2a+b, 3a+d).

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
130101 Grünflächen, Spielplätze und Fließgewässer 1301010010 Grünflächen 545007 Aufwendungen für Festwerte Grünflächen Ansatz 2010: 0,00 Amt: 66 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Ansatz 2013: 0,00 Antrag Nr.																40.000 40.000 2 5 1
Änderung Folgejahre 2011 - 2013: keine Änderung																
Hinweis der Verwaltung: Die komplette Pumpentechnik der Brunnenanlage Fritz-Gressard Platz ist irreparabel zerstört. Es muss eine neue Pumpanlage mit Zu- und Ableitung sowie E-Technik gebaut werden, wenn der Brunnen wieder betrieben werden soll.																
130101 Grünflächen, Spielplätze und Fließgewässer 1301010070 Fließgewässerunterhaltung (BRW) 544310 Beiträge BRW Ansatz 2010: 527.000,00 Amt: 66 Ansatz 2011: 527.000,00 Ansatz 2012: 527.000,00 Ansatz 2013: 527.000,00 Antrag Nr.																1.730 528.730 einst. - -
Änderung Folgejahre																
Hinweis der Verwaltung: Lt. Beitragsbescheid des BRW ergibt sich der Mehrbedarf.																

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
140101 Umweltschutz 1401010010 Altlasten/Umwelt 542900 Sonst. Aufwend. f. d. Inanspruchn. v. Rechten/ Ansatz 2010: 0,00 Amt: 66 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Ansatz 2013: 0,00 Antrag Nr.																20.000 20.000 6 2 -

Änderung Folgejahre 2011 - 2013: keine Änderung

Hinweis der Verwaltung:

In 2008 hatte der STEA die Durchführung eines Energieberatungsgutachtens mit dem o.a. Betrag beschlossen. Die Aufwandsermächtigung wurde in das Haushaltsjahr 2009 übertragen. Die Maßnahme wurde wegen der vielen Aktivitäten der Verwaltung (auch initiiert durch Anträge der Politik) zurückgestellt, um hier eine fachliche Einbettung in die Gesamtaktivitäten zu gewährleisten und Doppelbearbeitungen zu vermeiden. Ein Teilbereich dieser Aufgabe wurde bereits durch eine Internetplattform des Kreises realisiert (siehe SV 66/019 UKS 22.2.2010). Aus dem Stand der politischen Beratung in 2010 dürfte dann erkennbar sein, in welchem Umfang und mit welchem Ziel eine Bearbeitung der noch zu erledigenden Teile nunmehr sachgerecht möglich ist.

Lt. Gemeindehaushaltsverordnung NRW ist eine weitere Übertragung der Aufwandsermächtigung jedoch nicht zulässig, so dass der Betrag erneut im Haushaltsplan 2010 veranschlagt werden müsste.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
140101 Umweltschutz 1401019010 Vorkostentr. Umweltschutz 5 Aufwendungen Ansatz 2010: 0,00 Amt: 66 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Ansatz 2013: 0,00 Antrag Nr. 56												0 0				
												5 3 -				

Änderung Folgejahre

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung nimmt Kontakt zur Verbraucherberatung NRW mit dem Ziel auf zusätzliche Gebäude- und Energieberatung für Hildener Bürgerinnen und Bürger wie z. B. Feuchtediagnose, Solarstromcheck, Gebäudegutachten anzubieten. Ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz ist es, Gebäude energetisch zu optimieren. Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine unabhängige Beratung. Die Ratsuchenden sollen - zugeschnitten auf ihren Bedarf - über innovative Heiztechnik und über eine optimale Gebäudesanierung (Dämmung, Dach, Fenster) informiert werden.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verbraucherzentrale bietet für alle Bürgerinnen und Bürger in NRW umfassende Beratungsleistungen u.a. zu Gebäude- und Energieberatungen an. Dazu gehören auch die im Antrag genannten Beratungsleistungen. Insofern bedarf es keiner zusätzlichen Kontaktaufnahme durch die Verwaltung, da die im Antrag genannte Dienstleistung bereits angeboten wird. Einen Überblick über die Beratungsleistungen bietet www.vz-nrw.de. Die Energieberatungsleistungen werden in den Beratungsstellen und zu Hause angeboten. Die nächstgelegenen Beratungsstellen sind Düsseldorf, Solingen und Langenfeld. Die Beratung in den Geschäftsstellen kostet 5€ und die Beratung zu Hause 60€ für 1,5 Std. Neben diesem Informationsangebot wäre die Möglichkeit einer persönlichen Beratung eine sinnvolle Ergänzung. Hier bietet sich für Kommunen die keine eigene Energieberatungsstelle haben das Modell der Energieberatungsstützpunkte der Verbraucherzentrale an. Diese informieren unabhängig über Energiesparen, baulichen Wärmeschutz, Heiztechnik sowie Einsatz und Fördermöglichkeiten erneuerbarer Energien in privaten Wohngebäuden. Bei diesem Modell stellt die Gemeinde zu festen Beratungszeiten Räumlichkeiten im Rathaus zur Verfügung. Weiterhin übernimmt die Kommune die Bekanntmachung des Angebotes sowie die Veröffentlichung einer Telefonnummer zur Terminvergabe und die Terminvereinbarung.